

# Presseberichte/Kommentare

## **Die NRW-SPD demonstriert Einigkeit**

Ein Beitrag aus „Hier und Heute“, Westdeutsches Fernsehen, I. Programm über die Landesdelegiertenkonferenz (18. 8. 1980).

**Moderator:** Vor einer Woche sprach die CDU in Gütersloh von einem möglichen Wahlsieg. Am letzten Wochenende wollte die SPD, ebenfalls in Gütersloh, da nicht hinten anstehen. Auf der Landesdelegiertenversammlung der nordrhein-westfälischen SPD wurde das große Ziel bekanntgegeben: Bei der Bundestagswahl müsse diese Partei allein in Nordrhein-Westfalen 50,4% der Stimmen auf sich vereinigen. Die Versammlung – wen wundert's bei der SPD in Wahlzeiten – verlief in großer Eintracht. Vergessen die Auseinandersetzung um den ungeliebten Postminister Gscheidle, vergessen die linken Abweichler Hansen, Thüsing und Meinike. Die drei hatten in der Bundestagsfraktion des öfteren gegen die eigene Partei gestimmt. Doch sie leisteten Abbitte, schwiegen und wurden wieder auf die Landesliste gesetzt. Nummer eins der Landesreserveliste der SPD wurde der Vorsitzende Willy Brandt.

**Filmsprecher:** Die Einigkeit hätte kaum deutlicher demonstriert werden können – nur eine Enthaltung. Alle anderen 294 Delegierten wählten Parteichef Willy Brandt erneut zu ihrem Spitzenkandidaten für die bevorstehende Bundestagswahl. Auch die übrigen 75 Kandidaten auf der Landesreserveliste fanden ausreichende Mehrheiten. Wie hart vorher um manche Plätze gerungen wurde, zeigte allenfalls noch die Zahl der Gegenstimmen. Bundesprominenz auf den vorderen Plätzen: Anke Fuchs, Hans-Jürgen Wischniewski, Antje Huber, IG Bergbau-Chef Adolf Schmidt oder Annemarie Renger. Keinen Platz auf der Liste fand dagegen Bundespostminister Kurt Gscheidle. Vergeblich hatte er eine Nominierung angestrebt. Nach ihrem Wahlsieg am 11. Mai zeigte Nordrhein-Westfalens SPD neben Einigkeit auch Zuversicht.

**Ministerpräsident Johannes Rau:** 50,4% vor acht Jahren, 48,4% bei einer geringeren Wahlbeteiligung vor drei Monaten – ich schlage vor, daß wir die 50-Prozent-Marke am 5. Oktober so überschreiten, wie wir das 1972 getan haben. Damit machen wir die Sozialdemokraten zur stärksten Kraft im Bundestag. Am 11. Mai haben wir scherzhaft gesagt, „Es ist Muttertag, viele Blumen – aber kein Strauß“. Heute sagen wir: Sorgt dafür, daß der 5. Oktober ein Erntedankfest wird für unser Gedankengut.

**Filmsprecher:** Nur wenige harte Attacken auf den politischen Gegner. Zu der Äußerung von Oppositionschef Kurt Biedenkopf, bei der Bundestagswahl gehe es darum die Freiheit zu erhalten, für die unsere Väter gefallen sind, eine scharfe Entgegnung des Regierungschefs:

**Rau:** Wer so böse unsere Geschichte verstellt vor den Blicken junger Menschen, wer so manipuliert mit dem Ziel, Feindbilder aufzubauen und wer unsere Geschichte so verfälscht, wie Biedenkopf das tut, der soll uns Sozialdemokraten nicht

kommen mit Belehrungen über Freiheit und mit Belehrungen über Entspannungspolitik.

**Filmsprecher:** Kein Zweifel blieb auch in Gütersloh, daß es ohne die F.D.P. nicht gehen werde. Doch von einer Stimmsplittung wollte niemand etwas wissen. Wie sehr es auf die Stimmen an Rhein und Ruhr ankommt, machte Parteichef Willy Brandt deutlich:

**Willy Brandt:** Die Wähler in NRW haben nun aber auch mit dem Blick auf den 5. Oktober eine besondere Verantwortung für die ganze Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis in NRW ist die halbe Miete.

**Filmsprecher:** Mehr und mehr scheint sich abzuzeichnen, daß der Streit um die Montanmitbestimmung zu einem Wahlkampfthema wird. Johannes Rau sieht bei einer Gefährdung dieser Form der Mitbestimmung den sozialen Frieden gestört. Und Willy Brandt machte deutlich, daß die SPD zu keinem Kompromiß bereit ist.

**Willy Brandt:** Die F.D.P., die Freie Demokratische Partei, stimmte bereits 1951 gegen die Montanmitbestimmung – sie steht in ihrer Tradition. Wir kämpfen für die Paritätische Mitbestimmung und stehen in unserer Tradition. Hier geht es also nicht um einen Koalitionsstreit, denn es gibt keine Koalitionsvereinbarung über den Abbau oder die Aushöhlung der Mitbestimmung.

**Rau: „Den Erfolg vom 11. Mai am 5. Oktober verbessern!“**  
Ein Beitrag von Werner Höcker in „Forum West“/Westdeutscher Rundfunk, III. Programm (18. August 1980).

**Moderator:** Als Johannes Rau am Abend des 11. Mai von dem überwältigenden Erfolg der SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen erfuhr, verschlug es ihm zunächst einmal die Sprache. Diese hat er inzwischen wiedergefunden. Auf der Landeskonferenz der SPD am Wochenende in Gütersloh meinte er jedenfalls zusammen mit Willy Brandt, das Landtagswahlergebnis könne noch verbessert werden. Daß die SPD hierzulande erhebliche personelle Schwierigkeiten zu bewältigen hat, mußte Rau heute eingestehen, als er bekanntgab, neuer Minister für Bundesangelegenheiten werde der Fraktionschef im Landtag, Dieter Haak. Der ursprüngliche Kandidat, Hermann Heinemann, fühlt sich den Strapazen eines Ministeramtes nicht gewachsen. Wer nun die Fraktion führen soll, ist noch nicht bekannt. Die Landeskonferenz in Gütersloh hat Werner Höcker beobachtet.

**Werner Höcker:** Wie in allen vorhergehenden Bundestagswahlen seit 1961 wird der SPD-Vorsitzende Willy Brandt auch in diesem Jahr die Reserveliste der nordrhein-westfälischen SPD anführen. Er wurde am Wochenende auf der Landesdelegiertenversammlung im westfälischen Gütersloh mit 294 von 295 abgegebenen Stimmen gewählt. Nach Brandt folgen

auf der Landesreserveliste: Hans-Jürgen Wischniewski, Antje Huber, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, Annemarie Renger, Horst Ehmke und Jürgen Schmude. Diskussionen über Listenplätze fanden in Gütersloh nicht statt. Die Delegierten folgten dem mit den vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirken abgesprochenen Vorschlag des Landesvorstandes, der, abgesehen von der 13-köpfigen Spitzengruppe, die Kandidaten nach der Stärke des Bezirks, aus dem sie kommen, plazierte. Vor der Delegiertenversammlung hatte es Meinungsverschiedenheiten über die Besetzung der Kandidatenliste für die Bundestagswahl gegeben, die aber im Gespräch des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Johannes Rau, mit den vier Bezirksvorsitzenden ausgeräumt wurden. Für Bundespostminister Kurt Gscheidle gab es keinen Platz. Die sogenannten Linken, Hansen, Thüsing und Catenhusen, die zwar schlechter abschnitten als die übrigen, also deutlich weniger Stimmen der Delegierten erhielten, konnten sich dennoch auf den aussichtsreichen vorderen 30 Plätzen der Landesreserveliste behaupten. Auf der Delegiertenversammlung kündigte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, Ministerpräsident Johannes Rau, für die nächsten sieben Wochen bis zum Wahltag eine kämpferische Auseinandersetzung an, in der um die Fortsetzung der Entspannung und Friedenspolitik beim Wähler gerungen werde. Ebenso wie Willy Brandt, der erklärte, ein gutes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen sei für die SPD die halbe Miete, wies Rau dem Lande Nordrhein-Westfalen im Wahlkampf eine Schlüsselrolle zu.

**Ministerpräsident Johannes Rau:** ... können wir damit den Erfolg vom 11. Mai verbessern. Dann ist das nicht irgendeine rethorische Finte, sondern wir haben in den Wochen vor dem 11. Mai gesagt, der 11. Mai und der 5. Oktober gehören zusammen wie Biedenkopf und Strauß. ... Und deshalb muß der Erfolg am 5. Oktober den vom 11. Mai in den Schatten stellen, denn dann muß am 5. Oktober der bayerische Ministerpräsident in seinem gegenwärtigen Amt bestätigt werden und darüber hinaus eine Abfuhr bekommen ...

**Höcker:** Ausführlich nahm Rau zum Streit um die Mitbestimmung Stellung:

**Rau:** Wir haben dafür gesorgt, daß Nordrhein-Westfalen sozialdemokratisch geführt wird auch deshalb, damit der Bunderrat nicht zu einem Blockadeinstrument gegen die Politik der Bundesregierung werden kann. Wir wollen lieber unsere Kraft nutzen, und wir wollen unser politisches Wort deutlich sagen, und zu dem, was wir deutlich sagen, gehört: die Montanmitbestimmung darf nicht angetastet werden in unserem Lande. Wir stehen ohne Wenn und Aber bei den Kollegen von Mannesmann, auf der Seite der Gewerkschaften, denn die Menschen an Rhein und Ruhr wissen, ohne Montanmitbestimmung hätten wir die schweren Krisen des Reviers nicht bewältigen können. Deshalb wiederhole ich die Aufforderung an den Vorstand der Mannesmann AG: Nehmen Sie die Gesprächsbereitschaft der IG Metall endlich wahr, verhandeln Sie weiter, organisieren Sie Ihren Konzern, wie Sie wollen, aber behalten Sie die Montanmitbestimmung bei. Wir lassen daran nicht rütteln.

**Höcker:** Willy Brandt ging in seiner Rede davon aus, daß die F.D.P. im Bundestag bleiben werde und bekannte sich zu den

Ergebnissen der gemeinsamen Arbeit in den vergangenen drei Legislaturperioden. Brandt sagte:

**SPD-Bundesvorsitzender Willy Brandt:** Ich bin dafür, daß wir mit den Freien Demokraten weiterhin sachlich und konstruktiv zusammenarbeiten, aber ich bin nicht dafür, daß wir den Wählern Unzutreffendes darüber sagen, wie das Bundeswahlgesetz funktioniert. Wir haben keine Stimme zu verschenken, und ich meine im übrigen, daß beide jetzige Koalitionsparteien Stimmen bisheriger CDU-Wähler bekommen können ...

#### **Erntedankfest für die SPD?**

Kommentar von Wolf Bierbach/Westdeutscher Rundfunk, II. Programm (18.8.1980, 17.55 Uhr)

Der 5. Oktober, an dem der 9. Deutsche Bundestag gewählt wird, soll, so hofft es Ministerpräsident Johannes Rau, der Landesvorsitzende der Sozialdemokraten hierzulande, der 5. Oktober soll zu einem Erntedankfest werden. Zu einem Erntedankfest, an dem die SPD, die bei den Landtagswahlen am 11. Mai zum ersten Male die absolute Mehrheit der Mandate im Düsseldorfer Landtag errang, einen weiteren strahlenden Wahlsieg in die Scheuern fährt. Johannes Rau war schon immer für flotte Sprüche gut. Sein Slogan für die Wahlen vom Mai, die mit dem Muttertag zusammenfielen, lautete: Am 11. Mai viele Blumen, aber keinen Strauß. Nun, nicht zuletzt dank des Renommées, das Bundeskanzler Helmut Schmidt genießt, wurde Johannes Rau der strahlende Wahlsieger des 11. Mai. Jetzt muß er Helmut Schmidt helfen. Die Weichen sollten dafür gestern auf der Landesdelegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen SPD in Gütersloh gestellt werden, auf der die gut 300 Delegierten die Landesreserveliste beschließen mußten. Wer die Konferenz beobachtet und mit Delegierten gesprochen hat, der mag allerdings noch nicht recht glauben, daß die SPD am 5. Oktober ihr Ergebnis vom 11. Mai wiederholen kann, geschweige denn ihr Ziel erreicht, stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Die Partei ruht sich ganz offensichtlich auf ihren Lorbeeren aus, ist satt. Weder der Bundesvorsitzende Willy Brandt, der die Landesliste anführt und 294 der 295 Stimmen erhielt, noch der Landesvorsitzende Johannes Rau rissen die Delegierten und Gäste mit. Die Motivation fehlt noch, Aufbruchstimmung ist noch nicht zu spüren. Das könnte für die Sozialdemokraten gefährlich werden, denn sie müssen auch bei diesen Wahlen ihr Wählerpotential voll ausschöpfen, um möglicherweise auch in Bonn allein regieren zu können, wie seit dem 11. Mai in Düsseldorf. Umfragen garantieren gegenwärtig den Liberalen zwar den Wiedereinzug in den Bundestag, doch die Meinungsforscher hatten noch wenige Tage vor den Wahlen auch die Rückkehr der FDP in den Landtag in Düsseldorf vorhergesagt. Brandt und Rau beschworen denn auch gestern die Delegierten, die Bedeutung der Zweitstimme beim Wähler hervorzuheben und sie nicht an die FDP zu vergeben. Die Reserveliste selbst ist keine Überraschung, war in ihren Grundstrukturen schon einige Zeit bekannt, obwohl es noch in den letzten Tagen einige Verschiebungen gegeben hat, obwohl noch bis zum Samstag zwischen den vier SPD-Landesbezirken gekungelt wurde. Denn anders als bei der CDU mit ihren zwei Landesbezirken, streiten sich bei der SPD vier Bezirke um die begehrten sicheren Plätze, wobei heute niemand sagen kann, bis zu welchem Platz die Reserveliste der SPD ziehen wird. Gewinnt die SPD wieder so viele Direktmandate wie bei den Landtagswahlen, können nur wenige Bewerber

über die Liste in das Bonner Parlament einrücken. Dann könnte schon bei den Plätzen um 30 Schluß sein. Man erinnert sich an den Abend des 11. Mai, als bei der Wahlparty im Landtag so gestandene Politiker wie Friedhelm Farthmann oder Hans Schwier um ihren Einzug in den Landtag bangen mußten, weil – so formulierte es einer von ihnen – die SPD sich zu Tode siegte. Ärgerlich fand ich an der gestrigen Landesdelegiertenkonferenz der SPD vor allem eins: Die Ohrfeige, die den als links geltenden Abgeordneten Karl-Heinz Hansen, Klaus Thüsing und Erich Meinike erteilt wurde. Sie erhielten zahlreiche Gegenstimmen. Sicher, sie haben sich im Bundestag mehrfach nicht an die Fraktionsdisziplin gehalten, aber was heißt denn das

eigentlich: Es heißt doch, daß sie ihren Auftrag als Abgeordnete ernst genommen und so votiert haben, wie es ihnen ihr Gewissen vorschreibt. Nach dem Grundgesetz sind sie zu nichts anderem verpflichtet. Fraktionsdisziplin ist sicherlich in bestimmten Fällen notwendig, wer dieses Instrument aber zu sehr strapaziert, der ist nicht mehr weit entfernt vom imperativen Mandat, also der Bindung der Abgeordneten an Aufträge. Diese Forderung wurde bisher immer den Linken zur Last gelegt, nun wird sie gegen sie selbst gekehrt. Wenn die SPD eine Volkspartei bleiben will, dann wird sie auch unbequeme Mandatsträger ertragen müssen.

## SPD steckt sich ein ehrgeiziges Ziel

In Nordrhein-Westfalen will die Partei bei der Bundestagswahl 50 Prozent erringen

Gütersloh (dpa)

Die nordrhein-westfälische SPD will ihr gutes Ergebnis von der Landtagswahl am 11. Mai bei der Bundestagswahl am 5. Oktober noch übertreffen. Sie will zu den 5,2 Millionen Stimmen der Bundestagswahl von 1976 noch 300 000 hinzugewinnen, um an Rhein und Ruhr die 50-Prozent-Marke zu überschreiten und damit die Sozialdemokraten im Bundestag zur stärksten Fraktion zu machen. Bei der Landtagswahl war die SPD bereits auf 49,4 Prozent gekommen.

Dieses Ziel nannten der SPD-Bundesvorsitzende Willy Brandt und der nordrhein-westfälische Partei- und Regierungschef Johannes Rau am Sonntag auf der Delegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen SPD in Gütersloh. Auf dieser Konferenz wurde Brandt in einer Vertrauensdemonstration zum Spitzenkandidaten der NRW-Sozialdemokraten gewählt: Von den 295 Stimmen entfielen alle auf ihn — bis auf eine Enthaltung.

Brandt rechnete vor, um stärkste Fraktion im Bonner Parlament zu werden, müsse die SPD auf einen Bundesdurchschnitt von 45 Prozent kommen, brauche also 2,4 Prozent mehr als vor vier Jahren. Dafür müßten die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten 50,4 Prozent der Wählerstimmen ihres Landes einbringen, also ein Plus von 3,5 Prozent gegenüber 1976. Dies sei 1972, als die SPD erstmals stärkste Bundespartei geworden sei, schon einmal erreicht worden. „Die Wähler in NRW haben eine besondere Verantwortung für die gesamte Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis in NRW ist die halbe Miete“, rief Brandt aus.

Er ging davon aus, daß die FDP auch dem nächsten Bundestag angehören werde. Die SPD stehe zu den Ergebnissen der gemeinsamen Koalitionsarbeit, „aber Stimmen muß jede Partei für sich allein aufbringen“. Nachdrücklich wandte er sich gegen die „Irrführung“, die in dem Wort „Stimmensplitting“ zum Ausdruck komme. Wer den sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt wolle und wer die SPD wolle, der müsse seine Erststimme für den Wahlkreis kandidaten und seine Zweitstimme für die Liste der SPD abgeben.

Seine Partei wolle mit den Freien Demokraten weiter sachlich und konstruktiv zusammenarbeiten, sagte Brandt. „Aber ich bin nicht dafür, daß den Wählern Unzutreffendes darüber gesagt wird, wie das Bundeswahlgesetz funktioniert.“ Die SPD wolle stärkste Partei werden und könne darum weder auf Erst- noch auf Zweitstimmen verzichten.

Erneut ging der SPD-Vorsitzende scharf mit führenden Unionspolitikern ins Gericht. Wenn der nordrhein-westfälische CDU-Spitzenkandidat Rainer Barzel öffentlich erkläre, die Bundesregierung führe „unser Vaterland in Gefahr“, sollte er sich zuerst prüfen, ob er für eine „so schlimme Regierung“ im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags einen Posten wahrnehmen könne. Der Unionskanzlerkandidat Franz Josef Strauß „und seine Mannen“ blieben „Neinsager und Schwarzmalen“. Mit Unterstellungen und Verdächtigungen setze Strauß „eine schlimme Tradition der Rechten“ in Deutschland fort. Er sei kein Faschist, Nationalist und auch nicht wirklich konservativ, sondern „nur auf abenteuerliche Weise unbeherrscht. Aber deshalb taugt er nicht, diesen Staat zu regieren.“ Es bleibe dabei: „Unser Land kann sich Strauß statt Schmidt einfach nicht leisten.“

### Annemarie Renger: Bezeichnung für Erst- und Zweitstimmen ändern

Stuttgart (Reuter)

Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, durch eine Novelle des Bundeswahlgesetzes die Begriffe Erst- und Zweitstimme durch deutlichere Bezeichnungen zu ersetzen. Im Süddeutschen Rundfunk nahm sie zu der Zweitstimmen-Kampagne der FDP Stellung und sagte, die Bezeichnungen Erst- und Zweitstimmen klingen nicht gut. „Man sollte sich in Zukunft überlegen, ob man statt Erststimme Direktstimme sagt oder für die Zweitstimme Parteienstimme oder Ähnliches findet.“ Vielleicht könne noch etwas Besseres gefunden werden, das direkt deutlich mache, „wofür man seine Stimme abgibt“.

# Die SPD will in NRW über 50 vH der Stimmen holen

## Willy Brandt wurde wieder zum Spitzenkandidaten gewählt

Von GERD GOCH

waz GÜTERSLOH

Der SPD-Bundesvorsitzende Willy Brandt und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau haben ihre Partei am Sonntag aufgerufen, das Ergebnis der Landtagswahl vom 11. Mai, das den Sozialdemokraten die absolute Mehrheit brachte, bei der Bundestagswahl am 5. Oktober noch zu verbessern. Die SPD brauche, wie 1972, in NRW 50,4 vH der Stimmen, um im Bundesdurchschnitt auf die für die Mehrheit erforderlichen 45 vH zu kommen. Sie müsse gegenüber 1976 an Rhein und Ruhr also 300 000 Stimmen dazu gewinnen.

„Das ist zu schaffen“, meinte der alte und neue Spitzenkandidat der nordrhein-westfälischen SPD. „Ein gutes Ergebnis in NRW ist die halbe Miete.“ Brandt wurde auf der Landeskongress der SPD in Gütersloh von 294 Delegierten bei einer Stimmenthaltung auf den ersten Platz der Reserveliste gewählt.

Der Bundeschef der Sozialdemokraten bezeichnete es als das Wahlziel seiner Partei, wieder die stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Eine absolute Mehrheit der SPD im Bundestag oder ein Ausscheiden der FDP aus dem Bonner Parlament schloß Brandt aus. Er forderte die FDP auf, zusammen mit der SPD um die Wähler zu werben, die zu einer Union unter Franz-Josef Strauß kein Vertrauen mehr hätten. Das Werben der Frei-

**Kommentar: Hohe Meßlatte**  
Forts. Seite 2: SPD-Liste: „Linke“ schnitten schlechter ab

demokraten um Zweitstimmen sei dagegen eine „Irreführung“ des Wählers. Die Zweitstimme entscheide über die Stärke der Parteien im Parlament. Sie sei daher die wichtigste bei der Wahl am 5. Oktober. „Wir haben keine Stimme zu verschenken“, betonte Brandt.

Scharf griff er den CDU-Spitzenkandidaten Barzel an, der vor einer Woche ebenfalls in Gütersloh gesagt hatte, die SPD/FDP-Regierung bringe „das Vaterland in Gefahr“. Wenn das so sei, müsse Barzel sich prüfen, ob er im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages noch den Posten eines Bundesbeauftragten wahrnehmen könne. Millionen Bundesbürger hätten ihr eigenes Urteil darüber, was von solchen Unionssprüchen zu halten sei. Sie wüßten, daß Wirtschaft und Währung bei uns gesünder als in anderen Ländern seien und daß alles für die Sicherung des Friedens getan werde.

GERD GOCH:

## Hohe Meßlatte

Zweimal Gütersloh: Vor einer Woche Wahlkampfauftakt der Landes-CDU mit harten Attacken einer am Erfolg zweifelnden Union. Gestern eine Landeskongress der SPD, die ihres Sieges schon sicher zu sein scheint, Wahlkampföffnung ohne Diskussion, aber auch ohne Glanz. Brandt und Rau warnten ihre Partei mit Recht vor soviel Selbstsicherheit, die den Elan bremst. Sie legten für die Bundestagswahl im Oktober die Meßlatte sehr hoch. 50,4 vH der Stimmen sollen in NRW geholt werden. Das sind immerhin noch 2 vH mehr als bei der Landtagswahl im Mai, bei der die SPD durch das Ausscheiden der FDP die absolute Mehrheit hatte, und sogar 3,5 vH mehr, als bei der letzten Bundestagswahl vor vier Jahren.

Dennoch ist die angepeilte Marke nicht unrealistisch. Bei Bundestagswahlen schneidet die SPD in NRW traditionell besonders gut ab. 1972 hat sie schon einmal 50,4 vH erreicht

und damit dazu beigetragen, daß die SPD im Bundestag als stärkste Fraktion die Präsidentin stellen konnte. Doch es geht nicht nur um dieses Amt, sondern auch um eine bessere Ausgangslage in der Bundesversammlung, die in vier Jahren einen neuen Bundespräsidenten wählt. Die SPD setzt darauf, durch die Konfrontation Schmidt/Strauß die entscheidenden Punkte zu gewinnen, die nicht nur den Machterhalt in Bonn sichern, sondern die auch 1976 verlorenes Terrain zurückbringen sollen.

Gütersloh bewies, daß die SPD in NRW eine homogene Partei ist. Die Landesreserveliste ist nicht aus Vertretern von Gruppen und Grüppchen zusammengestellt. Sie repräsentiert die breite Mitte der Partei. Nur drei „Linke“ wurden auf den aussichtsreichen ersten dreißig Plätzen gewählt, aber eine große Volkspartei muß auch eigenwillige Männer wie Hansen, Thüsing und Catenhusen tolerieren können.

## SPD-Reserveliste:

# Brandt fast einstimmig wieder Nr. 1

Eigener Bericht

**Gütersloh.** (kle) Mit überwältigender Mehrheit hat die Landesdelegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen SPD am Sonntag in Gütersloh den Parteivorsitzenden Willy Brandt zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl am 5. Oktober nominiert. Brandt, der seit 1961 die Nr. 1 auf der nordrhein-westfälischen SPD-Landesliste ist, erhielt 294 von 295 Delegiertenstimmen bei einer Enthaltung. Ebenfalls mit großer Mehrheit wurden Brandts Stellvertreter im Parteivorsitz, Hans-Jürgen Wischniewski, Bundesgesundheitsministerin Anje Huber, IG Bergbau-Chef Adolf Schmidt, Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger und der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, nominiert.

Fortsetzung u. Kommentar Seite 2

## SPD-Landesdelegiertenkonferenz in Gütersloh

# Wie einst: Brandt oder Barzel

Dem Wahlkampf steht jetzt nichts mehr im Wege. Als letzte der großen Parteien hat gestern die diesmal sehr hoch favorisierte, manchmal schon etwas routiniert selbstbewußt wirkende SPD auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Gütersloh die Weichen für den 5. Oktober gestellt. Nun kann es „heiß“ werden.

Die sozialdemokratische Landesliste für den Bundestag ist, wie stets, fein proport(z)ioniert. Besonderheiten: Der Postminister Gscheidle fehlt, weil er keinen Rückhalt vor Ort, im Wahlkreis fand. Drei, vier eigens etikettierte „Linke“ kamen zwar mit Mühe aufs Papier. Aber ihre Bestätigung müssen sie sich vom Wähler holen, der ja mit seinen beiden Stimmen auch die etwas vorlaute Erst- und Zweitstimmendiskussion der Parteien abschließen wird.

Bemerkenswert ist die Konstellation in der Spitze. Brandt führt, wie seit 1961, die Landesliste der SPD an, bei der CDU kam Barzel wieder nach oben. Der ehemalige Regierungschef gegen seinen Herausforderer von ehemals, das

gibt dem Zweikampf zwischen Kanzler und Kandidat von heute an Rhein und Ruhr einen zusätzlichen Reiz.

Wünschen möchte man, wenn es jetzt „heiß“ wird, was ja schon die vielen „Schmutziger-Wahlkampf“-Klagen anzeigen, daß bei aller Zuspitzung auf die Spitzenleute dies sachliche Politik nicht zu kurz kommen möge. Gewichtige Themen hat die Zeit auf den Tisch gewuchtet: Die Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik, am Beispiel des Schmidt-Besuchs bei Honecker zu diskutieren, oder die Mitbestimmungsfrage, die urplötzlich für IG Metall und IG Bergbau gleichermaßen akut geworden ist.

Friedenspolitik und klassische Arbeitnehmerfragen - das erinnert in der Ausgangslage ein bißchen an 1972. Für die SPD könnt's kaum günstiger kommen, wie Brandt und Barzel am eigenen Leibe erfahren, die Union tut einen schweren, vielleicht den schwersten Gang ihrer Geschichte.

Wolfgang Clement

## SPD will in NRW 300 000 Stimmen hinzugewinnen — Willy Brandt:

# „F. J. Strauß taugt nicht zum Regieren“

Fortsetzung von Seite 1

**Gütersloh.** (kle) Brandt und Ministerpräsident Johannes Rau riefen die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten auf, dafür zu arbeiten, daß die SPD im Bundestag wieder, nach 1972, stärkste Fraktion werde. Das bedeute für NRW, daß die SPD auf 50,4 Prozent der Stimmen kommen müsse, 3,5 Prozent mehr als 1976, Brandt: „In Ziffern heißt das: 5,2 Millionen Stimmen sichern und 300 000 hinzugewinnen.“

Das sei zu schaffen, meinte der Parteivorsitzende. „Die Chancen sind insgesamt nicht schlecht.“ Ein gutes Ergebnis in NRW sei die „halbe Miete“. Es gebe gute Aussichten, „noch mehr solcher Wähler zu gewinnen, die zur CDU kein Vertrauen mehr haben“.

Brandt warnte zugleich vor Illusionen, die SPD könne die absolute Mehrheit im Bundestag holen. „Ich bin dafür, daß wir auf

dem Teppich bleiben.“ Die SPD tue gut daran, sich nicht bei „solchen Gedankenspielen“ aufzuhalten, sondern „nüchtern davon auszugehen, daß die FDP im Bundestag bleibt“.

Die SPD stehe zwar zu den Ergebnissen der gemeinsamen Regierungsarbeit, aber Stimmen müsse jede Partei für sich allein aufbringen. Brandt: „Wer den sozialdemokratischen Bundeskanzler will, und wer die SPD will, muß seine Erststimme für den Wahlkreiskandidaten und seine Zweitstimme für die Liste der deutschen Sozialdemokraten abgeben.“

Unter langem Beifall erklärte Brandt, er hoffe, „ohne Rosinen im Kopf zu haben“, auf „vernünftige Gespräche“ zwischen Schmidt und Honecker. Für ihn sei es nicht nur „unverständlich, sondern ärgerlich“, wenn an

wichtigen Reisen des Kanzlers „immer nur herumgemäkelt wird“. Er wünsche Helmut Schmidt „Glück für eine immer noch so ungewöhnliche Reise“.

Scharf griff der SPD-Chef den Unionskanzlerkandidaten Strauß an. Der CSU-Chef sei mit „Unterstellungen und Verdächtigungen immer leicht bei der Hand“, er setze damit „eine schlimme Tradition der Rechten in Deutschland“ fort. Strauß habe eine „erstaunliche Fähigkeit“ auf's falsche Pferd zu setzen, spielte Brandt auf die Reisen des Kanzlerkandidaten in rechte Diktaturen an. Er halte Strauß gleichwohl nicht für einen Faschisten und auch nicht für einen Nationalisten. „Er ist ja auch nicht wirklich konservativ, sondern nur auf abenteuerliche Weise unbeherrscht und überheblich reaktionär. Dieser Mann taugt nicht, die-

sen Staat zu regieren.“ Die Bundesrepublik könne sich „Strauß statt Schmidt einfach nicht leisten“.

Ministerpräsident Johannes Rau, der für den Fall eines CDU/CSU-Wahlsiegs am 5. Oktober einen „Rückfall in den kalten Krieg“ befürchtet, rief seine Parteifreunde dazu auf, den SPD-Erfolg bei der Landtagswahl am 11. Mai nicht nur zu wiederholen, sondern zu verbessern. Er warnte zugleich aber vor dem Gefühl, die SPD habe schon gewonnen. Es komme darauf an, aus Stimmungen Stimmen zu machen. Rau: „Sorgt dafür, daß der 5. Oktober ein Erntedankfest wird.“

Keine Berücksichtigung auf der Reserveliste fand, wie erwartet, Bundespostminister Kurt Gscheidle, dem der Bezirk Niederrhein eine Listenkandidatur verweigerte, weil er nicht direkt kandidiert.

## Die Mitbestimmung wird zum Wahlkampf-Thema

Brandt: Eckpfeiler der Gesellschaftsordnung / SPD-Parteitag in Nordrhein-Westfalen

L. B. GÜTERSLOH, 17. August. Der Streit um die paritätische Mitbestimmung und der Wahlkampf der SPD gehen immer mehr ineinander über. Das wurde am Wochenende auf dem nordrhein-westfälischen SPD-Parteitag in Gütersloh deutlich, wo die Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt wurde. Der Parteivorsitzende Brandt bezeichnete die Montan-Mitbestimmung als einen „Eckpfeiler unserer gesellschaftlichen Ordnung“, an dem nicht gerüttelt werden dürfe. Die SPD stehe hier Seite an Seite mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften. Sie werde auch während des Wahlkampfes jederzeit handlungsfähig bleiben, um die Montan-Mitbestimmung auf gesetzlichem Wege zu sichern.

Brandt beugte der These vor, darüber könne es zum Koalitionsstreit in Bonn kommen. In der Mitbestimmungsfrage stünden die SPD und die FDP in ihrer jeweils eigenen Parteitradition. Niemand wolle dem Partner seinen Standpunkt aufzwingen, so daß von Koalitionskonflikt keine Rede sein könne. Um so mehr sei die Union aufgefordert, sich zu diesem Thema eindeutig zu äu-

ßern. Brandt sagte: „Wer den sozialen Frieden in unserem Lande erhalten will, muß das in seinem Handeln konkret zum Ausdruck bringen.“ Er legte sich jedoch nicht auf eine Sondersitzung des Bundestages (siehe Wirtschaft) fest. Vielmehr forderte er den Vorstand des Mannesmann-Konzerns und die IG Metall auf, die Gespräche fortzuführen.

Brandt erhielt als Spitzenkandidat der Landesliste zum Bundestag das ganz außergewöhnliche Vertrauensvotum von 294 der 295 Delegierten. Er rief ebenso wie der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Rau die Partei auf, das sehr gute Ergebnis der Landtagswahl vom Frühjahr direkt auf die Bundestagswahl umzusetzen. Ziel der SPD ist es nach Brandts Worten, in Nordrhein-Westfalen wieder wie schon 1972, als Barzel gegen Brandt kandidierte, mehr als fünfzig Prozent der Stimmen zu erringen. Das reiche bei sonst normalem Wahlverhalten in der Bundesrepublik aus, um die SPD im Bundestag wieder zur stärksten Kraft zu machen. „Ein gutes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen ist die halbe Mie-

te“, meinte Brandt. Die Partei solle im Bundestag nicht auf die absolute Mehrheit hoffen, sondern „auf dem Teppich bleiben“. Man könne voraussetzen, daß die FDP sich bei der Bundestagswahl gerade wegen ihrer Niederlage in Düsseldorf vom Frühjahr eher verbessern als verschlechtern werde. Die FDP profitiere von einer Mitleidswelle. Die Fortsetzung der Koalition sei „objektiv wünschenswert“. Die Mehrheit der Wähler wolle ohnehin einen Kanzler Schmidt. Das Fernziel sei aber, daß die SPD demnächst auch wieder den Bundespräsidenten stellen könne.

Auch Rau gab die Parole aus, die SPD müsse ohne Einschränkung an der Seite der Gewerkschaften im Kampf um die Mitbestimmung stehen. Die Frage, wie der Mannesmann-Konzern seine Unternehmen reorganisiere, sei zweitrangig. Der Wahltag vom 5. Oktober müsse zum „Erntedankfest für unser Gedankengut“ werden. In Nordrhein-Westfalen seien die Chancen besonders gut, denn die letzte Landtags- und die kommende Bundestagswahl gehörten zusammen wie Biedenkopf und Strauß. (Fortsetzung Seite 2.)

Fortsetzung von Seite 1

## SPD-Parteitag in Nordrhein-Westfalen

Der Vorsitzende der IG Bergbau, Adolf Schmidt, kündigte für Montag wilde Streiks im Ruhrgebiet an, wenn die Ruhrkohle AG nicht unverzüglich ihren Werksdirektor Eising bei der Zeche „Haus Arden“ abberufe. Eising hatte vor Monaten, was jedoch erst in der letzten Woche bekannt wurde, die Mitbestimmungspraktiken der IG Bergbau mit den Gleichschaltungspraktiken der Nationalsozialisten verglichen. Schmidt nannte dies einen Skandal, den die Bergarbeiter „mit ihren Mitteln, auf ihre Weise beenden“ würden, falls die Ruhrkohle AG nicht sofort personelle Konsequenzen ziehe. „Der Arbeitsfrieden im Ruhrgebiet ist akut gefährdet“, meinte er. Die von der Gewerkschaft gesetzte Frist für die Entlassung des

Werksdirektors sei schon am Samstag abgelaufen.

Auf der Landesliste folgen hinter Brandt die SPD-Politiker Wischniewski, Frau Huber, Schmidt, Frau Renger, Ehmke und Schmude. Auch die sogenannten Abstimmungsrebellin in der Bundestagsfraktion Hansen, Thüsing und Meinike haben wieder Listenplätze erhalten. Verkehrsminister Gscheidle wurde, was allerdings seit den Vorstandsberatungen der letzten Woche schon feststand, nicht mehr nominiert, da er keine Wahlkreisandidatur mehr besitzt. Die nordrhein-westfälische SPD-Liste ist traditionell stark mit Gewerkschaftsvertretern besetzt. Auf Flugblättern wurde auf dem Parteitag die Parole ausgegeben: „Freiheit statt Strauß“.

# In Gütersloh peilen SPD-Rechenkünstler die 50-Prozent-Marke an

GÜNTHER BADING, Gütersloh

Willy Brandt bemühte mehrfach Adam Riese. In seiner knapp einstündigen Rede vor der Landesdelegiertenversammlung der nordrhein-westfälischen SPD zeigte sich der mit 294 von 295 abgegebenen Stimmen als Spitzenkandidat bestätigte Parteivorsitzende als wahrer Rechenkünstler. Um bei der Wahl am 5. Oktober bundesweit 45 Prozent zu bekommen, also 2,4 Prozent mehr als vor vier Jahren, müsse die SPD in Nordrhein-Westfalen 50,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Wenn sie auch 1976 nur 46,9 und in der Landtagswahl im Mai bei ihrem vielbejubelten Sieg nur 48,4 Prozent bekommen habe, so sei der Sprung über die 50 Prozent doch zu schaffen. Denn – so Rechner Brandt – „in Ziffern heißt das für NRW: 5,2 Millionen Stimmen sichern und 300 000 hinzugewinnen“.

Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hatte auf die magische Zahl 50,4 Prozent hingewiesen. Dies war bei der Bundestagswahl 1972 das nie zuvor und nie seither erreichte Stimmresultat seiner Partei im bevölkerungsreichsten Bundesland gewesen.

Weder die wenig mitreißende Rede von Rau noch das Dozieren Brandts ließen in der Gütersloher Stadthalle besondere Stimmung wachsen. Eine Woche zuvor hatten die Delegierten der CDU an derselben Stelle ihren Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen, Rainer Barzel, nach einer kämpferischen Rede mit Ovationen gefeiert.

Die Landesreserveliste der SPD NRW war, wie Rau in Gütersloh sagte, „in langen und streitigen Gesprächen“ aufgestellt worden. Streiten wollte am Sonntag niemand mehr. So wurde die Liste auch unverändert en bloc angenommen. Auf Brandt folgen auf der Landesliste der stellvertretende Parteivorsitzende Hans-Jürgen Wischniewski (283 von 290 Stim-

men). Familienministerin Antje Huber, der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie Adolf Schmidt, Annemarie Renger, Horst Ehmke und Jürgen Schmude. Von Bundespostminister Kurt Gscheidle war in Gütersloh nicht mehr die Rede. Der SPD-Bezirk Niederrhein hatte an seinem Beschluß festgehalten, nur Kandidaten mit eigenem Wahlkreis auf der Landesliste abzusichern.

Hatte Rau in seiner mit Kritik am landespolitischen Gegenspieler Kurt Biedenkopf und an Spitzenkandidat Barzel gewürzten Rede das Stimmenpotential für die SPD bei den mit Franz Josef Strauß unzufriedenen CDU-Wählern gesehen, so schonte Brandt auch die FDP nicht. Zwar warnte der SPD-Vorsitzende seine Anhänger vor Gedankenspielen um ein Hinauswählen der Liberalen aus dem Bundestag am 5. Oktober. Allerdings wäre es auch „keine Schande, wenn wir die Mehrheit bekämen“.

Die Szenerie am Rande der Parteiversammlung wurde – wie könnte es anders sein – von einem Mann beherrscht, der nicht Mitglied der tagenden Partei ist: von Franz Josef Strauß. Anti-Strauß-Aufkleber, Anti-Plakate und Plaketten und die einschlägigen Broschüren und Taschenbücher wurden in so hohen Stapeln ausgelegt, daß selbst der SPD-eigene „Vorwärts“ kaum noch zu sehen war.

Während der Landesdelegierten-Konferenz in Gütersloh haben sich die Vermutungen verdichtet, daß Ministerpräsident Johannes Rau nun doch den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag, Dieter Haak, in sein Kabinett beruft und zum neuen Bundesratsminister ernannt. Gut informierte Sozialdemokraten meinten, die Entscheidung Raus sei bereits gefallen. Viele Anzeichen sprächen dafür, daß der Ministerpräsident den Fraktionsvorsitzenden berufen werde.

# Brandt ist wieder Spitzenkandidat

Eigener Nachrichtendienst

**Gütersloh** — Die nordrhein-westfälische SPD geht auch 1980 wieder mit ihrem Parteivorsitzenden Brandt als Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. Brandt, der die Landesliste seiner Partei seit 1961 anführt, wurde gestern auf einer Delegiertenkonferenz in Gütersloh bei nur einer Stimmenthaltung für diese Position gewählt. Trotz zahlreicher Gegenstimmen konnte sich der in seiner Partei unstrittene Düsseldorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Hansen einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste sichern. Brandt warf in Gütersloh der FDP vor, mit ihrer Werbung für das sogenannte „Stimmensplütting“ die Wähler irrezuführen. (ZUM TAGE/POLITISCHE UMSCHAU)

## ZUM TAGE

### Arbeitsteilung

Mit kaum verhüllter Siegeszuversicht haben gestern die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten ihre Landesliste für die Bundestagswahl bestimmt. Während vor einer Woche in derselben Gütersloher Stadthalle Barzel und Biedenkopf der westfälischen CDU mit kämpferischen Reden Mut zu machen versuchten, verzichteten Ministerpräsident Rau in seiner kurzen Rede und Brandt in einem eher langweiligen Referat fast völlig darauf, durch Attacken auf den politischen Gegner die eigene Truppe in Stimmung zu bringen. Selbst ihr „Buhmann“ Strauß wurde von den SPD-Führern nur am Rande erwähnt und von Brandt sogar vor dem unsinnigen Vorwurf „in Schutz genommen“, ein Faschist zu sein.

Doch während der frühere Bundeskanzler auf seine Weise „den feinen Willy“ spielte, konnten sich die 300 Delegierten der Partei vor den Saaltüren mit Propaganda-Material gegen den Unionspolitiker eindecken, in dem Strauß in Bild und Schrift in eben diese ideologisch-kriminelle Ecke gestellt wird. Eifrige Jungsozialisten verteilten sogar während der Rede des SPD-Chefs ein Plakat, das den bayerischen Ministerpräsidenten in Metzger-Pose zeigt, der genüsslich eine Wurst zerstückelt, die als „Freiheit“ apostrophiert wird.

Nicht nur diese Arbeitsteilung macht deutlich, daß der langsam beginnende Wahlkampf auch in diesem Land zu einer Schlammschlacht zu werden droht, deren Peinlichkeiten mehr den Vorurteilen der Politiker als dem Geschmack der Wähler entsprechen. Nur die Wähler haben es noch in der Hand, mit der Ablehnung solcher Zumutungen allen politischen Lagern deutlich zu machen, daß gerade im Wahlkampf Fairneß kein Fremdwort bleiben darf, sondern für die Demokratie eine unabdingbare Grundlage sein muß.

Helmut Breuer

Frankfurter Rundschau, 18. 8. 1980

### Brandt hofft auf absolute Mehrheit der SPD in NRW

vs GÜTERSLOH, 17. August. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sieht gute Chancen, daß die SPD bei der Bundestagswahl am 5. Oktober stärkste Partei im Bundestag wird. Brandt, der am Sonntag auf der Landesdelegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten ohne Gegenstimme mit 294 von 295 Stimmen erneut zum Spitzenkandidaten seiner Partei gewählt wurde, nannte als nordrhein-westfälisches Wahlziel die Wiederholung des Ergebnisses von 1972, als die SPD an Rhein und Ruhr 50,4 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Die Wiederholung dieses Ergebnisses sei die „halbe Miete“ für die Gesamtpartei, meinte Brandt. Der SPD-Vorsitzende mahnte seine Partei jedoch gleichzeitig ausdrücklich, „auf dem Teppich zu bleiben“. Die absolute Mehrheit für die SPD im ganzen Bundesgebiet wäre zwar „keine Schande, sondern eine schöne Bestätigung für unsere Arbeit“. Realistisch sei eine solche Hoffnung aber nicht. Brandt äußerte die Erwartung, daß die Freien Demokraten ohne große Mühe die Fünf-Prozent-Hürde überspringen werden. Brandt griff im weiteren Verlauf seiner Rede den CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß scharf an. Strauß sei nicht geeignet, die Bundesrepublik zu regieren. Wer, wie der Kanzlerkandidat der Unionspartei „mit Worten wie Ratten und Unkraut um sich wirft, wenn er Menschen meint“, solle sich nicht als verfolgte Unschuld den Wählern präsentieren. Wenn Strauß sich über den Wahlkampf der SPD enträste, wirke er auf viele wie jemand, „der die Tugend des Vegetarismus rühmt, während er ein saftiges Steak verzehrt“. Für die SPD gäbe es im Wahlkampf ebenso wenig die Pflicht zu Sanftmut, wie es eine Rülpffreiheit für andere geben könne, meinte der SPD-Vorsitzende.

Bei der Verabschiedung der nordrhein-westfälischen Landesliste für die Bundestagswahl wurde von keiner Seite der Versuch gemacht, Bundespost- und Verkehrsminister Kurt Gscheidle doch noch einen Platz im Bundestag zu verschaffen. Hinter Brandt rangieren auf der Landesliste sein Stellvertreter Hans-Jürgen Wischniewski, Antje Huber, der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, Annemarie Renger, Horst Ehmke und Jürgen Schmude.

## SPD in NRW rüstet zur Bundestagswahl

# Willy Brandt führt Landesliste an

„An Rhein und Ruhr 50%-Marke übertreffen“

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Breuer

Gütersloh — Zum sechsten Mal führt der SPD-Bundesvorsitzende Brandt die nordrhein-westfälische Landesliste seiner Partei für die Bundestagswahl am 5. Oktober an. Auf einer Delegiertenkonferenz in Gütersloh wählten gestern 294 von 295 Delegierten den früheren Bundeskanzler erneut zu ihrem Spitzenkandidaten. Auf Brandt folgten sein Stellvertreter Wischniewski, Familienministerin Huber, der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Schmidt, Bundestagsvizepräsidentin Renger und der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke. Keinen Listenplatz fand Bundespostminister Gscheidle, der seinen früheren niederrheinischen Wahlkreis abgegeben und vergeblich eine Listennominierung angestrebt hatte. Der linke Düsseldorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Hanssen, der wegen seines Abstimmungsverhaltens von seinem Parteibe-zirk Niederrhein scharf kritisiert worden war, wurde ebenso wie der parteiintern umstrittene Abgeordnete Thüsing auf einen aussichtsreichen Platz der Landesliste gewählt. Allerdings mußten Hanssen wie Thüsing 101 beziehungsweise 85 Gegenstimmen hinnehmen. In den Reden von SPD-Landesvorsitzenden Rau sowie von Brandt wurden die optimistischen Erwartungen der SPD über den Wahlausgang am 5. Oktober deutlich angesprochen. Brandt forderte die Partei auf, das gute Ergebnis bei der Landtagswahl am 11. Mai im Herbst noch zu übertreffen. Wie bereits 1972, müsse die SPD in Nordrhein-Westfalen die 50-Prozent-Marke übertreffen, damit die SPD wieder stärkste Fraktion im Bundestag werde. Wörtlich sagte Brandt: „Die Wähler in Nordrhein-Westfalen haben eine besondere Verantwortung für die Bundesrepublik“, denn ein gutes SPD-Wahlergebnis an Rhein und Ruhr sei „die halbe Miete“.

Wie eine Woche zuvor der nordrhein-westfälische CDU-Oppositionsführer Biedenkopf kritisierte auch Brandt gestern das von der FDP propagierte „Stimmensplitting“, die Abgabe der Erststimme für CDU oder SPD

und die Wahl der FDP mit der sogenannten Zweitstimme. Während Biedenkopf in diesem Zusammenhang von Mogelei gesprochen hatte, warf Brandt der FDP „Irreführung“ vor, weil sie den Wählern Unzutreffendes über die Bedeutung der Zweitstimme sage. Wer Bundeskanzler Schmidt und die SPD wolle, der müsse seine Erststimme für den Wahlkreiskandidaten und seine Zweitstimme für die Liste der SPD abgeben. Im übrigen gehe er davon aus, daß die FDP auch dem nächsten Bundestag angehöre, weil es nach der schweren Wahlniederlage der Freien Demokraten am 11. Mai jetzt eine „gewisse Mitleidsbewegung“ gebe.

Als Antwort auf die Rede des nordrhein-westfälischen CDU-Spitzenkandidaten Barzel am vergangenen Wochenende sagte Brandt, wer wie dieser erkläre, die Bundesregierung führe „unser Vaterland in Gefahr“, solle sich prüfen, ob er für eine so schlimme Regierung im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages einen Posten wahrnehmen könne. Strauß warf dem SPD-Chef vor, mit Unterstellungen und Verdächtigungen eine „schlimme Tradition der Rechten in Deutschland“ fortzusetzen. Der CDU-Kanzlerkandidat sei kein Faschist, Nationalist und auch nicht wirklich konservativ, sondern „nur auf abenteuerliche Weise unbeherrscht. Aber deshalb taugt er nicht, diesen Staat zu regieren. Unser Land kann sich Strauß statt Schmidt einfach nicht leisten“, erklärte Brandt. Die SPD werde weiterhin „den Weg nach vorn“ abstecken und die „Substanz freiheitlich-sozialistischen Denkens“ lebendig erhalten.

Auch Rau rief die Wähler dazu auf, Strauß an Rhein und Ruhr eine „Abfuhr“ zu erteilen, die stärker als jene sei, die Biedenkopf bei der Landtagswahl habe einstecken müssen. Schließlich müsse der 5. Oktober ein „Erntedankfest“ für die Sache der SPD werden. Rau warnte vor allzu großer Siegeszuversicht seiner Partei, da wie bei der Landtagswahl aus „Stimmungen erst Stimmen“ werden müssen.